

# Abstimmungen vom Sonntag, 30. November

## Schweiz: Service-citoyen-Initiative

Heute sind Schweizer Männer verpflichtet, einen Dienst in der Armee oder im Zivildienst zu leisten. Militärdienstpflichtige mit Gewissenskonflikten leisten einen länger dauernden Zivildienst. Wer keinen Dienst leistet, muss eine Ersatzabgabe bezahlen. Die grosse Mehrheit der heute geleisteten Dienstage hat einen direkten Bezug zur Sicherheit der Schweiz. Für Schweizer Frauen ist der Dienst in der Armee oder im Zivildienst freiwillig. Die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

sieht vor, dass alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt erbringen müssen. Mit dem «Service citoyen» (Bürgerdienst) möchte die Initiative das Gemeinwohl stärken. Auch Frauen müssten somit neu einen Dienst leisten. Dieser Dienst soll entweder im Militär, im Zivildienst oder in Form eines gleichwertigen Milizdienstes erbracht werden, wobei der Sollbestand von Armee und Zivildienst garantiert sein muss. Die Initianten wollen die Sicherheit breiter denken und die Dienstpflicht

stärker auf Bereiche wie Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Betreuung ausrichten. Personen, die keinen Dienst leisten, sollen wie heute eine Abgabe entrichten. Kurz: Für die Initianten der Volksinitiative würde ein «Service citoyen» das Milizsystem stärken, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und einen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels leisten.

Die Gegner erklären, dass die Armee und der Zivildienst zentral für die Sicherheit der Schweiz seien. Es brauche nur für

	Ja	Nein
Die Mitte Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
GLP Kanton Luzern	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
SP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
SVP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

	Ja	Nein
Die Mitte Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
GLP Schweiz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
SP Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
SVP Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

diese Organisationen eine Dienstpflicht. Die Initiative mit dem Bürgerdienst würde weit darüber hinaus gehen. Es ent-

stünden hohe Kosten für Bund und Kantone, und auch die Wirtschaft würde erheblich belastet. RED/PD

## Schweiz: Juso Steuerinitiative

Die Schweiz muss ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto null senken. Das hat die Stimmbbevölkerung so beschlossen. Für Massnahmen, die zur Erreichung dieses Ziels beitragen, stehen dem Bund heute jedes Jahr rund 2 Milliarden Franken zur Verfügung. Diese Mittel stammen in erster Linie aus verbrauchsabhängigen Abgaben auf Brenn- und Treibstoffen sowie auf Strom. Die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» fordert mehr Mittel für die Klimapolitik.

Das Geld soll von einer Erbschafts- und Schenkungssteuer des Bundes kommen. Bisher kennen nur Kantone und Gemeinden eine solche Steuer. Neu soll der Bund zusätzlich eine Steuer von 50 Prozent auf den Nachlass und die Schenkungen einer Person erheben, wobei die ersten 50 Millionen Franken nicht besteuert werden.

Die Einnahmen aus der neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer müssen laut Initiativtext «zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Ge-

samtwirtschaft» verwendet werden. Für das Initiativkomitee geht die heutige Klimapolitik zu wenig weit. Es brauche mehr Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise. Wer die natürlichen Lebensgrundlagen für seine Profite auf Spiel setze, solle dafür geradestehen. Eine Zukunftssteuer von 50 Prozent auf Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken sei sozial gerecht.

Für Bundesrat und Parlament ist die Initiative der falsche Weg, um die Klimaziele der Schweiz zu erreichen. Zudem könn-

	Ja	Nein
Die Mitte Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
GLP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne Kanton Luzern	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SP Kanton Luzern	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SVP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

	Ja	Nein
Die Mitte Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
GLP Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne Schweiz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SP Schweiz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SVP Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

te die Umsetzung der Initiative vermögende Personen und Unternehmen dazu bewegen, die Schweiz zu verlassen. Dies

könnte Arbeitsplätze gefährden und statt zu höheren sogar zu tieferen Steuereinnahmen als heute führen. RED/PD

## Kanton Luzern: Bezahlbare Kitas

Die Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» der SP verlangt, dass der Kanton Luzern ein flächendeckendes, bezahlbares und qualitativ gutes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung sicherstellt. Eltern sollen höchstens 30 Prozent der Betreuungskosten pro Kind bezahlen müssen.

Die Mehrheit des Kantonsrates lehnte die Initiative ab. Sie sei zu teuer und zu wenig zielgerichtet, da auch Familien

mit hohen Einkommen finanziell unterstützt würden. Zudem würde sich die Zuständigkeit für die familienergänzende Kinderbetreuung von den Gemeinden auf den Kanton verlagern. Weil die Initiative aber wichtige Ziele verfolgt, stellte ihr der Kantonsrat einen Gegenentwurf gegenüber. Dieser nimmt zentrale Anliegen der Initiative auf: ein flächendeckendes Angebot, die finanzielle Entlastung der Eltern und die Sicherstellung der Betreuungsqualität. Damit fördere

der Gegenentwurf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirke dem Fachkräftemangel entgegen und stärke den Wirtschaftsstandort Luzern. Die Mehrheit des Kantonsrates und der Regierungsrat empfehlen, den Gegenentwurf anzunehmen und die Initiative abzulehnen.

Für die Gegner sind die Initiative und der Gegenentwurf zu teuer. Zudem bedeute die Initiative einen massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie. RED/PD

	Ja	Nein
Die Mitte Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
GLP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne Kanton Luzern	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SP Kanton Luzern	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SVP Kanton Luzern	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Ja zum Gegenvorschlag
Ja zum Gegenvorschlag
Ja zum Gegenvorschlag
Ja zum Gegenvorschlag / Stichfrage: Initiative
Ja zum Gegenvorschlag / Stichfrage: Initiative
Nein zum Gegenvorschlag / Stichfrage: Gegenvorschlag

## Gedanken eines Kantonspolitikers

# Bald werden wichtige Weichen gestellt



Die Geschäfte im Kantonsrat haben unterschiedliche Bedeutung. Zwar haben alle Beschlüsse Einfluss auf unser tägliches Leben. Aber jetzt sind zwei Vorlagen in der politischen Pipeline, die von überragender Bedeutung sind: Der kantonale Richtplan und der kantonale Finanzausgleich.

**Interessen optimal einbringen**  
Der kantonale Richtplan ist zurzeit in der Vernehmlassung und für die Totalrevision des kantonalen Finanzausgleichs laufen beim Kanton Luzern die Vorbereitungen. Mit beiden Vorlagen werden politisch entscheidende Weichen gestellt. Vor allem für die Luzerner Landschaft werden damit Rahmenbedingungen geschaffen, die für die künftige Entwicklung von grösster Bedeutung sind. Es ist deshalb wichtig, dass wir darauf gebührend Einfluss nehmen und unsere Interessen optimal einbringen.

Der kantonale Richtplan ist das Planungsinstrument, mit welchem die räumliche Entwicklung des Kantons gesteuert und koordiniert wird. Der Richtplan legt dabei Ziele und Strategien für die Bereiche Siedlung, Verkehr, Landschaft, Energie sowie Ver- und Entsorgung fest. Diese sind sowohl für den Kanton wie auch für die Gemeinden verbindlich. Somit werden mit dem Richtplan für Regionen und Gemeinden Potentiale und Chancen verteilt – oder eben nicht. Der Einfluss des Kantonsrates ist beschränkt. Lediglich eines der Kapitel wird vom Kantonsrat beschlossen. Zu den restlichen Kapiteln kann der Kantonsrat nur Bemerkungen anbringen. Die wichtigsten Weichen werden von der Regierung gestellt. Deshalb ist es wichtig, bei der Entstehung solcher Planungsinstrumente frühzeitig direkt Einfluss zu nehmen.

### Mehr Wachstum

Darum habe ich mich schon vor mehreren Jahren im Rahmen der Erarbeitung des Richtplanes eingebracht. Zusammen mit anderen Kantonsrätinnen und Kantonsräten aus der Luzerner Landschaft sowie

mit einigen Organisationen habe ich frühzeitig Vorstellungen für Verbesserungen eingebracht. Der Einsatz hat sich gelohnt. So haben wir erreicht, dass sich der Kanton überkantonale nicht nur Richtung Zürich, sondern auch Richtung Bern (Osten) und Aargau/Basel (Norden) ausrichtet, die ländlichen Gemeinden mehr Wachstumsmöglichkeiten erhalten und die Entwicklungsmöglichkeiten für die Wirtschaft verbessert werden.

Die Stadt Luzern, die Agglomerationsgemeinden und die ländlichen Gemeinden haben vor allem aufgrund ihrer Lage sehr unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten. Zudem verteilt der Kanton via Richtplan den Gemeinden unterschiedliche Chancen – quasi «unterschiedliche Talente». Aber alle müssen bei steigenden Ansprüchen der Bevölkerung Schulen, Pflegeheime, Sportanlagen und vieles mehr anbieten. Landgemeinden haben zunehmend grosse Mühe, ihre Aufgaben zu finanzieren. Damit sich der Kanton als Ganzes erfolgreich entwickeln kann, braucht es deshalb das Solidarkonzept kantonaler Finanzausgleich. Mit dem Finanzausgleich sollen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Ge-

meinden ausgeglichen und die Unterschiede bei den Steuerfüssen verringert werden.

### Ziele werden nicht erreicht

Meiner Meinung nach werden diese Ziele mit dem bestehenden Finanzausgleich nicht erreicht. Die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und bei den Steuerfüssen der Gemeinden sind zu gross. Nun wurde erkannt, dass Korrekturen dringend notwendig sind. Die Totalrevision des kantonalen Finanzausgleichs ist in Vorbereitung. Mit der Revision müssen die Rahmenbedingungen an die veränderten Verhältnisse angepasst werden. Entscheidend ist, dass die ländlichen Regionen und Gemeinden auch bei dieser Vorlage frühzeitig Einfluss nehmen und so sicherstellen, dass die Weichen in ihrem Interesse richtiggestellt werden. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf die Stadt Luzern. Sie hat sich vor Jahren vehement gegen die Luzerner Steuerstrategie zur Wehr gesetzt. Diese funktioniert jedoch sehr gut und die Stadt Luzern profitiert davon am meisten. Sie erhöht schrittweise ihr Leistungsangebot und senkt dabei laufend die Steuern.

Damit entsteht doppelter Druck auf die ländlichen Gemeinden: Einerseits möchten immer mehr Teile der Bevölkerung auch das Top-Leistungsangebot der Stadt Luzern – und andererseits werden die Unterschiede bei den Steuerfüssen laufend grösser. Der kantonale Richtplan und das Gesetz über den Finanzausgleich stehen in einem engen politischen Zusammenhang. Wenn die ländlichen Regionen und Gemeinden über den Richtplan optimale Rahmenbedingungen erhalten, stärkt das ihre Leistungsfähigkeit und vermindert die Abhängigkeit vom Finanzausgleich. Regionen und Gemeinden, die über den Richtplan weniger begünstigt werden, sind verstärkt auf den Finanzausgleich angewiesen. Bei der Erarbeitung und Beratung beider Vorlagen werde ich mich stark für die Interessen und Anliegen der finanzschwächeren Landgemeinden einsetzen.

Guido Roos  
Kantonsrat Die Mitte, Wolhusen

An dieser Stelle schreiben Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus dem Leserkreis zu einem frei gewählten Thema.